

Bundestagswahl 2017:

17 Wahlprüfsteine von ECOtrinoa e.V. gemeinnütziger Verein

Energie - Klima - Umwelt – Natur – Verbraucherschutz - Gesundheit

1. Autobahn-Tempolimit

Bei Geschwindigkeiten oberhalb von 120 - 130 km/h steigen der Energieverbrauch, der Schadstoff- und Kohlendioxidausstoß pro km Strecke stark an. Daher ist ein Tempolimit auch eine wichtige Klimaschutzmaßnahme. Tempobedingte Unfälle würden weniger, der Verkehrsfluss gleichmäßiger. Laut Umweltbundesamt: 160 km/h statt 130 km/h führt bei betroffenen Pkw zu 20-25% mehr Verbrauch und Treibhausgasausstoß, z.B. bei Diesel-Pkw um 50 % mehr Partikel- und Stickoxidausstoß; die Lärmzunahme entspricht etwa doppeltem Verkehrsaufkommen. Ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen senkt den Kraftstoffverbrauch des Pkw-Verkehrs auf Autobahnen durchschnittlich um etwa 6 %. Ein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen wird von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet (Umweltbundesamt 2010). Deutschland ist das einzige Land in Europa ohne eine allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen.

S. 143, Studie i.A. der Bundesregierung: https://www.ifeu.de/energie/pdf/NKI_Endbericht_2011.pdf

Frage: Werden Sie sich einsetzen für ein gesetzliches Tempolimit (120 oder 130 km/Stunde) auf Autobahnen und Schnellstraßen ab 2018?

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar 130

2. Ausstieg Deutschlands aus EURATOM

Deutschland will laut Atomgesetz aus der energetischen Nutzung der Atomkernenergie bis 2022 vollständig aussteigen. Die Risiken von deren Nutzung sind zu hoch. Die europäische Atomgemeinschaft EURATOM, die seit der Atomkraft-Euphorie von 1957 unvermindert besteht, fördert die Atomenergienutzung und will sie ausbauen. Deutschland zahlt.

Frage: Werden Sie sich einsetzen für den vertraglichen ggf. einseitigen Ausstieg Deutschlands aus EURATOM ab 2020 unter Beibehalt der Zusammenarbeit beim Strahlenschutz und bei der Überwachung?

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar (nicht erforderlich; max. 400 Zeichen inkl. Leerzeichen)

3. Flächenverbrauchs-Moratorium

Immer noch werden in Deutschland täglich 60 Hektar (1 Hektar = 100 m mal 100 m) Fläche „verbraucht“ für Überbauungen aller Art und Verkehrswege. Darunter leiden Natur und Landwirtschaft und damit die biologische Vielfalt, der Boden und seine vielfältigen nützlichen Funktionen sowie die Ernährungssicherheit und die Landwirte. In der Schweiz gibt es durch Volksabstimmung ein gesetzliches Nahezu-Moratorium zum Flächenverbrauch.

Frage: Werden Sie sich einsetzen für netto Null Flächenverbrauch im Außenbereich für Wohn- und Gewerbegebiete und Straßen ab 2021 und für einen linearen Übergang ab 2018?

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar Grundsätzlich ja, aber sozialer Wohnungsbau darf in Zeiten von Wohnraummangel nicht erschwert werden. Dafür müssen dann Ausgleichsflächen geschaffen werden.

4. Verbot neuer Elektroheizungen, Rückbau bestehender Elektroheizungen, Moratorium für neue elektrische Heizungswärmepumpen

Elektroheizungen verbrauchen vor allem im Winter sehr viel Strom, und zwar i.A. Strom aus Steinkohlekraftwerken, bei großer Kälte auch aus Spitzenlastkraftwerken mit anderen Brennstoffen. Sie tragen wesentlich zum Schadstoffausstoß samt Treibhausgasen bei, behindern den Klimaschutz durch bessere Maßnahmen. Sie gefährden durch ihren bei Kälte besonders hohen Verbrauch sogar die allgemeine Stromversorgungssicherheit und den Atomenergieausstieg. In gleicher Richtung wirken elektrische Heizungs-Wärmepumpen, die ebenfalls laut Zuschaltreihenfolge der Kraftwerke („Merit Order“) i.w. mit Strom aus Kohlekraftwerken betrieben werden. Die Bundesnetzagentur hat derzeit bereits die Stilllegung von rund 3.700 MW, u.a. mehrerer Kohlekraftwerke untersagt.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article123896105/Bund-verbietet-EnBW-Abschalten-von-Kraftwerken.html>

https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Erzeugungskapazitaeten/KWSAL/KWSAL_node.html

Frage: Werden Sie sich einsetzen für ein Verbot neuer Elektroheizungen ab 2018 und für ein Rückbau-Förderprogramm für bestehende? Werden Sie sich einsetzen für einen Zubau-Stopp für elektrische Heizungswärmepumpen, bis der Atomenergie- und der Kohlestromausstieg vollzogen sind?

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar Es war ein Fehler, dass die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung, das eigentlich für 2020 geplante Verbot (im Jahr 2013) aufgehoben hat.

5. Gebot für hocheffiziente Kraftwärmekopplung

Kraftwärmekopplung etwa mit Blockheizkraftwerken (BHKW) verwendet Brennstoffe sehr viel effizienter als Heizöl- und Erdgasheizungen und erspart erheblich Primärenergie und

Treibhausgasausstoß, dies infolge Gutschrift für den von BHKW miterzeugten Strom, der i.w. Strom aus Kohlekraft verdrängt. Bei hohen elektrischen Wirkungsgraden der BHKW sind dann sogar bilanzieller Nullausstoß oder auch „Kohlendioxid-Senken“ erzielbar, also optimaler Klima- und Umweltschutz, der so nur durch BHKW erreichbar ist. Inzwischen sind auch hocheffiziente

emissionsarme Mini-BHKW mit Brennstoffzellen statt Motoren verfügbar und mit staatlichen Geldern besonders gefördert von der KfW.

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Gebäuden bei neuen und Ersatzheizungen mit Brennstoffen aus Gas- und Flüssigenergieträgern (z.B. Erdgas, Heizöl, Biogas, Gas aus erneuerbaren Energien) gesetzlich Kraftwärmekopplung einzusetzen ist?

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar (nicht erforderlich; max. 400 Zeichen inkl. Leerzeichen)

6. Neue Strommarktordnung

Der Vorrang für Strom aus erneuerbaren Energien wurde beim früheren „Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien“ (EEG, von 2000) inzwischen nicht nur im Titel gestrichen. Hoch- und Höchstspannungsleitungen sind per Terminmarkt und Stromhandel „besetzt“ durch Strom zumeist aus Kohle- und Atomkraftwerken, der durch die derzeitige Strommarktordnung faktisch Vorrang genießt. Statt z.B. Kohlekraftwerke zurückzufahren, werden Windkraft und Solarstrom bei viel Wind bzw. viel Sonneneinstrahlung gedrosselt. Alternative ist, den Einspeisevorrang für Strom aus erneuerbaren Energien und auch für hocheffiziente Kraftwärmekopplung (KWK) voll wiederherzustellen und diesen Ökostrom den Stromversorgern direkt zuzuweisen.

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, mit einer Neufassung der Strommarktordnung, des EEG und des Kraftwärmekopplungs-Gesetzes (KWK-G) den jetzigen faktischen Vorrang für Strom aus fossilen-Energien- und Atomenergie zu beenden und den Vorrang für Strom aus erneuerbaren Energien und KWK in allen Stromnetzebenen wiederherzustellen?

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar (nicht erforderlich; max. 400 Zeichen inkl. Leerzeichen)

7. Stromverbrauch stark senken

Die Energiewende im Strombereich, d.h. der Atom- und Fossilenergie-Ausstieg sowie der Umstieg auf erneuerbare Energien können in Deutschland kaum gelingen, wenn der bisherige Stromverbrauch nicht stark sinkt, zumal mit neuen Stromanwendungen wie Elektromobilität bei Kfz usw. zu rechnen ist. Andererseits sind die Möglichkeiten, den Verbrauch zu senken, bei weitem nicht ausgeschöpft. Tatsächlich kann der Stromverbrauch in vielen Bereichen trotz Beibehalt der Energiedienstleistungen etwa halbiert oder teils bis um rund 90% gesenkt werden, was viele realisierte Beispiele belegen.

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, ab 2018 die gesetzlichen Effizienz-Anforderungen an Stromverbrauchsgeräte so zu verschärfen, dass jährlich ein Verbrauchs-Rückgang von 2% zustande kommt, damit bis 2050 der bisherige Stromverbrauch mindestens halbiert ist

(Halbierung angesetzt ohne neuen Verbrauch u.a. für Mobilität und Brennstoffherzeugung aus späteren Überschüssen von erneuerbarem Strom).

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar Energieeffizienz ist natürlich der bessere Weg, die Stromkosten in den Griff zu bekommen, als auf Kohle zu setzen.

8. Zukunftsfähige gemeinsame Agrarpolitik GAP

Über die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU werden jährlich mehrere Milliarden Euro als Subventionen an die Landwirtschaft in Deutschland verteilt. Dabei finden Anforderungen der Ökologie kaum Berücksichtigung, vgl. <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/07/22/eu-milliarden-fuer-bauern-ein-lehrstueck-der-systemischen-geld-vernichtung/?LS=AP>

Ein neuer Agrar-Report des Bundesamtes für Naturschutz nennt Anforderungen an eine zukunftsfähige gemeinsame Agrarpolitik (www.bfn.de/0405_hintergrundinfo.html), siehe auch die folgende Frage:

Frage: Werden Sie sich einsetzen für die konsequente Ausrichtung ausreichender Zahlungen an die Landwirtschaft am Gemeinwohlprinzip nach dem Grundsatz "Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen", dies mit Anreizen für eine naturverträgliche, standortangepasste und damit nachhaltige Bewirtschaftung, mit Sicherung von ökologischen Leistungen bei drastischer Verringerung des administrativen und Kontroll-Aufwands, samt Sicherstellung eines Mindestmaßes an Biodiversität auch in „Intensivregionen“ und samt Versicherung gegen Ernteausfälle?

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar (nicht erforderlich; max. 400 Zeichen inkl. Leerzeichen)

9. Patentierverbot von Pflanzen und Tieren

Seit langem stehen Patententscheidungen des Europäischen Patentamts (EPA) in der Kritik. Der Verwaltungsrat des EPA will nun offenbar bestehende Verbote im Patentrecht stärken und Patente auf Pflanzen und Tiere aus konventioneller Züchtung verbieten. Demnach sollen Pflanzen und Tiere, deren Züchtung nur auf Kreuzung und Selektion beruht, nicht mehr patentierbar sein. Patente der letzten Jahre auf Brokkoli und Tomaten wären damit nicht erlaubt. Das Bündnis „Keine Patente auf Saatgut!“ sieht allerdings erheblichen Nachbesserungsbedarf. Mehr: Brief ans Europäische Patentamt. www.no-patents-on-seeds.org

Frage: Werden Sie sich einsetzen für das Verbot von Patenten auf Pflanzen und Tiere aus konventioneller Züchtung?

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar (nicht erforderlich; max. 400 Zeichen inkl. Leerzeichen)

10. Klimaschutz und Atomausstieg

Mit den aktuell von der Bundesregierung und vom Gesetzgeber festgelegten Ausbaupfaden für Erneuerbare Energien werden die Vorgaben des von Deutschland ratifizierten Pariser

Klimaschutzabkommens von 2015 deutlich verfehlt. Um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, ist der Atomenergieausstieg unverzüglich zu vollziehen. Als Beitrag des Stromerzeugungssektors für die Klimaschutzziele ist der Kohlestromausstieg ordnungsrechtlich

schrittweise und zügig durchzuführen. (Weitere siehe die Fragen zu Stromsparen, BHKW, Elektroheizungen)

Frage: Werden Sie z.B. für Baden-Württemberg als ersten Schritt bis 2022 einen Zubau von mindestens 3.000 Megawatt (MW, 1 MW = 1000 kilowatt) an Kraftwärmekopplung (KWK), 3.000 MW Windkraft und mind. 3.000 MW Photovoltaik-Anlagen verlangen, um die Stilllegung der Atomkraftwerke Philippsburg 2 und Neckarwestheim 2 ohne zusätzlichen Kohlestrom ausgleichen zu können? Stromsparerfolge sollen den Ausbaurahmen graduell mindern können.

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar eine genaue Ausdifferenzierung der Energieträger, wie in der Frage, ist aus meiner Sicht nicht sinnvoll. Ich strebe einen auf regenerativen Energieträgern basierenden Energiemix an, bei dem auf Atomkraft und fossile Energieträger verzichtet werden kann.

11. Die Preise müssen der ökologischen Realität entsprechen:

Die Nutzung von Atomenergie und fossilen Energien und viele Produkte, z.B. bei manchen Baustoffen, Chemikalien und Verbrauchsprodukten, führen zu Umwelt- und Gesundheits-Beeinträchtigungen und –Schäden, die der Allgemeinheit und nicht den Verursachern aufgebürdet, also „externalisiert“ werden. Das verstößt gegen hochrangige EU- und deutsche Gesetze, wonach die Verursacher zahlen müssten (Verursacherprinzip, polluter pays).

Frage: Werden Sie sich für nationale Schadstoffsteuern einsetzen, um externalisierte Kosten zumindest größtenteils in die Preise zu integrieren, also zu internalisieren?

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar (nicht erforderlich; max. 400 Zeichen inkl. Leerzeichen)

12. Rettet die Vögel und Bienen – Chemiepolitik – ökologischer Landbau

Die Bestände der in Deutschland lebenden Feld-Vögel nehmen dramatisch ab. Als ein Hauptgrund dafür gilt der massive Einsatz von Insektiziden und „Unkraut“-Vernichtern in der industriellen Landwirtschaft, die Vögeln die Nahrungsgrundlage nehmen. Außerdem mangelt es an Hecken, Sträuchern und naturbelassenen Flächen in der Landschaft, die Vögeln und anderen Tieren Nahrung und Rückzugsräume bieten, so nicht nur das bürgernahe unabhängige Umweltinstitut München e.V..

www.umweltinstitut.org/mitmach-aktionen/rettet-die-voegel.html

Ähnliches gilt u.a. für Bienen, die eine ganz wichtige Rolle bei der Bestäubung vieler Nahrungsmittelpflanzen spielen.

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, die Verwendung von Insektiziden und „Unkraut“-Vernichtern schrittweise und zügig zu verringern und den ökologischen Landbau in Deutschland bis 2021 durch Anreize zu verdoppeln?

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar (nicht erforderlich; max. 400 Zeichen inkl. Leerzeichen)

13. Vertrag zum Verbot von Atomwaffen Der weltweite Atomwaffenverbotsvertrag, Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW), wurde am 7. Juli 2017 abgeschlossen. Er wurde mit Stimmen von 122 Staaten, einer Enthaltung und einer Gegenstimme beschlossen. Er wird am 20. September 2017 zur Unterzeichnung freigegeben. Neunzig Tage nach der Unterzeichnung und Ratifizierung von 50 Staaten wird er in Kraft treten. Damit werden Atomwaffen weltweit geächtet. Deutschland hat sich am Verbotsvertrag und den Verhandlungen gar nicht beteiligt. Vielmehr hat die Bundeskanzlerin die Modernisierung von US-Atomwaffen in Deutschland hingenommen, obwohl ein Bundestagsbeschluss für die Abschaffung von Atomwaffen in Deutschland vorlag.

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag unverzüglich betritt?

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar (nicht erforderlich; max. 400 Zeichen inkl. Leerzeichen)

14. Erbgut- und Fruchtbarkeit-schädigende Chemikalien

Die Geburtenrate in Deutschland ist seit einigen Jahrzehnten sehr niedrig. Die Fruchtbarkeit in Deutschland hat deutlich abgenommen. Nachweislich sind eine Reihe von Erbgut- und Fruchtbarkeit-schädigenden Substanzen in Gebrauch, die zur gesunkenen Fruchtbarkeit beitragen können. Die gesetzlichen Verursacher- und Vorsorgeprinzipien des Umwelt- und Gesundheitsschutzes gebieten, solche Substanzen aus dem Verkehr zu ziehen.

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Erbgut- und Fruchtbarkeit-schädigende Substanzen in Nahrungsmitteln und Verbraucherprodukten verboten werden, sobald wissenschaftlich begründeter Verdacht auf solche Schäden besteht.

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar (nicht erforderlich; max. 400 Zeichen inkl. Leerzeichen)

15. Biomassekraftstoffe

Weltweit wird immer mehr Land genutzt, um Biomasse anzubauen zur Gewinnung von Energieträgern, u.a. von Kraftstoffen. Zum Anbau von Zuckerrohr, Ölpalmen und Soja werden Wälder abgeholzt oder wird Land benutzt, das bisher zur Erzeugung von Nahrungsmitteln diente oder Natur war. In Deutschland wird Rapsöl, neben proteinreichem Presskuchen (Nahrungsmittel, Viehfutter) ein Koppelprodukt der Rapssaaten, auch als Kraftstoff genutzt. Die künftige Erneuerbare-Energienrichtlinie (RED) der EU wird auch Agro-Kraftstoffe umfassen und wird gerade auf EU-Ebene verhandelt. Eingebunden in den europäischen Gesetzgebungsprozess und verbundene Aktionspläne sind auch die nationalen Regierungen.

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, den Anteil von Agrokraftstoffen im allgemeinen Kraftstoff für den Verkehr mindestens zu halbieren und Agrokraftstoffimporte von außerhalb der EU zu untersagen? Der landwirt- und forstwirtschaftliche sowie gartenbauliche und gärtnerische Einsatz von Agrokraftstoff wie Rapsöl aus deutscher Landwirtschaft sei unter ökologischen Mindestbedingungen befürwortet.

Enthaltung

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar (nicht erforderlich; max. 400 Zeichen inkl. Leerzeichen)

16. Elektromog und Mobilfunk

Die Weltgesundheitsorganisation WHO stuft elektromagnetische Strahlung im Radiofrequenzbereich („Elektromog“) 2011 als potenziell krebserregend ein, sogar für bösartigen Krebs. Aus der WHO Presseerklärung, Lyon, France, May 31, 2011 “The WHO/International Agency for Research on Cancer (IARC) has classified radiofrequency electromagnetic fields as possibly carcinogenic to humans (Group 2B), based on an increased risk for glioma, a malignant type of brain cancer, associated with wireless phone use.” Diese Einstufung ist anwendbar für alle solche Strahlungsarten samt Ausstrahlungen von Basisstationen, Radio-/TV Sendeanlagen, Radar, WLAN, Smart-Meter usw.. Auch eine Reihe anderer nachteiliger Effekte auf die Gesundheit ist wissenschaftlich nachgewiesen. In Deutschland wird all das bei den sehr viel zu lockeren Grenzwerten für Mobilfunk nicht berücksichtigt. Die Spätfolgen für die Bevölkerung können schlimm sein. Das Bundesamt für Strahlenschutz BfS empfiehlt neuerdings einen sorgsamen Umgang mit dem Handy. Das heißt, möglichst das Festnetz anstatt des Mobiltelefons nutzen oder zumindest ein Headset verwenden. www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1206

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die deutschen Grenzwerte für Elektromog allgemein und insbesondere beim Mobilfunk sehr stark verschärft werden und dass Schwangere und Kinder vollumfänglich geschützt werden?

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar Schwangere und Kinder sind bereits heute vollumfänglich geschützt, die Grenzwerte sind, nach den von Ihnen in Frage 14 angesprochenen wissenschaftlichen Erkenntnissen ausreichend. Sollte es zu wissenschaftlich belastbaren neuen Erkenntnissen kommen, müssten die Sachlage neu geprüft werden.

17. Plus-Energie-Standard und Altbausanierungen

Die Gebäuderichtlinie der EU verlangt für ab 2021 für Neubauten nur noch nahezu Null Energieverbrauch, bei öffentlichen Neubau-Gebäuden schon ab 2019. Die energetische Altbausanierung kommt in Deutschland viel zu langsam voran mit Sanierungsraten von nur unter 1 Prozent pro Jahr.

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen,

- * dass in Deutschland bei der Umsetzung der Gebäuderichtlinie der Plus-Energie-Standard vorgeschrieben wird (gebäudebezogener Energieüberschuss auf Jahresbasis, wobei der im Überschuss im Grundsatz Altbauten zur Verfügung stehen kann),
- * dass Neubauten zumindest auf Quartiersbasis (Straßen-Gevierte bzw. Wohnviertel, Behördenzentren usw.) „Kohlendioxid-Senken“ sein müssen,
- * dass für Altbausanierungen ein attraktives Förderprogramm aufgelegt wird, für die Eigentümer wahlweise mit Zuschuss oder Steuererleichterungen,
- * dass die Modernisierungsumlage von bisher 11 % pro Jahr ab 2018 zwecks Erleichterungen für Mieter pro Jahr wesentlich abgesenkt wird angepasst an die durchschnittliche technische Lebensdauer der Maßnahmen und dass so warmmietenneutrale Sanierungen die Regel werden.

ECOtrinoa e.V., VR Freiburg i.Br. Nr. 2551, als gemeinnützig anerkannt vom Finanzamt Freiburg-Land, vormals Arbeitsgemeinschaft Freiburger Umweltinstitute (FAUST) e.V., **Vorstand:** Dr. Georg Löser (Vorsitz.), Dorothea Schulz (Stv. und Schatzmeisterin), Bruno Natsch (Stv.), Klaus-Dieter Käser, Hans-Jörg Schwander.

Konto: Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau, IBAN DE90 6805 0101 0002 0797 54, BIC FRSPDE66

Ihre Antwort: bitte ankreuzen: JA, NEIN, Enthaltung

Ihr Kommentar Sanierungen sind grundsätzlich zu begrüßen, dürfen aber nicht zu einer übermäßigen Belastung der MieterInnen führen.